

Ruhrwirtschaft

111. Konjunkturbericht | Herbst 2023

Unternehmen im Ruhrgebiet zeigen sich deutlich pessimistischer

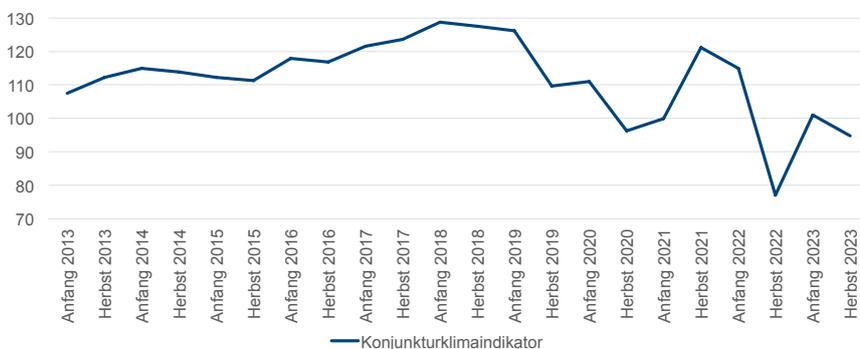
Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird zum größten Risiko für die Unternehmen im Ruhrgebiet. Das ist eines der zentralen Ergebnisse des 111. Ruhrlageberichtes, der am 20. Oktober 2023 bei der Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet in Bochum vorgestellt wurde. Die Unternehmen im Ruhrgebiet leiden darüber hinaus unter einer nur langsam abflachenden Inflation, einer sinkenden Nachfrage im In- und Ausland und beklagen die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zugleich

schätzen die Unternehmen das Risiko steigender Rohstoff- und Energiepreise deutlich geringer ein als noch zu Jahresbeginn, allerdings weiterhin auf hohem Niveau. Die Konjunkturumfrage der fünf IHKs im Ruhrgebiet stützt sich auf Antworten von 737 Unternehmen mit fast 110.000 Beschäftigten.

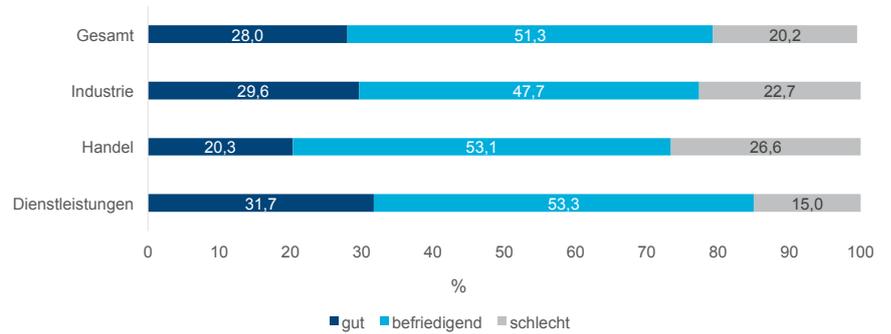
Der Umfrage zufolge ist der IHK Konjunkturklimaindikator, Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung, um 6 auf insgesamt 95 Punkte gesunken. Dieser Wert ist auf einem ähnlichen Niveau wie der im ersten Corona-Herbst 2020 (96), allerdings immer noch weit entfernt vom Negativrekord (77) im Herbst 2022. Es besteht Anlass zur Sorge, dass die prägnante Erholung Anfang des Jahres lediglich einen kurzfristigen Effekt und keinen dauerhaften Trend darstellt.

Laut Umfrage bewerten nur noch 79 Prozent der Unternehmen ihre derzeitige Geschäftslage branchenübergreifend mit gut bzw. befriedigend. In der letzten Umfrage zum Jahresbeginn 2023 waren es noch ca. 85 Prozent und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 82 Prozent der Unternehmen.

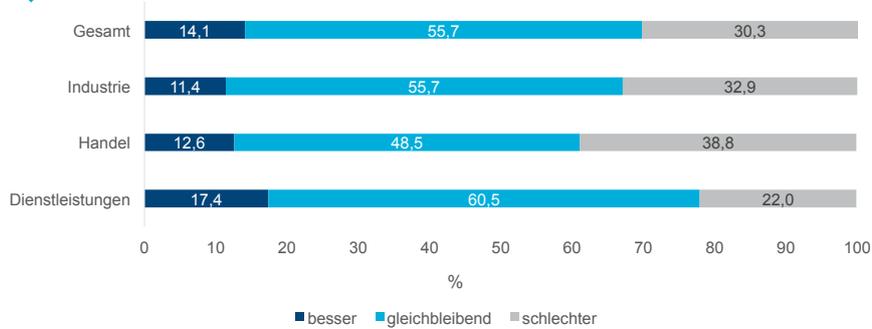
Konjunkturklima



Geschäftslage nach Wirtschaftsbereichen



Geschäftserwartungen nach Wirtschaftsbereichen



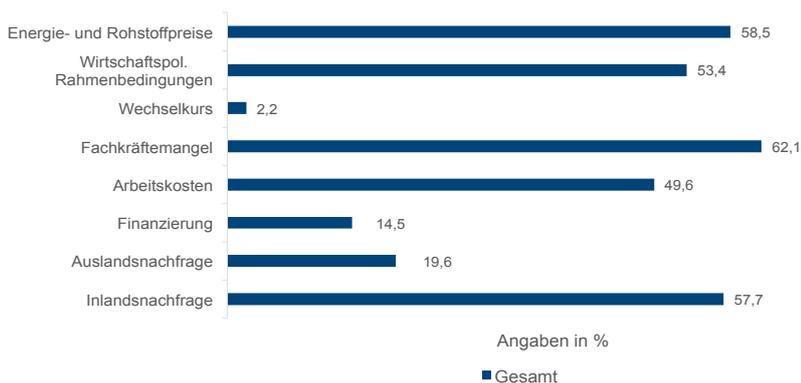
Auch die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich im Vergleich zur letzten Befragung eingetrübt. Insbesondere Industrie und Handel erwarten deutlich schlechtere Geschäfte in der Zukunft. 33 Prozent der Industrieunternehmen blicken pessimistisch in die Zukunft. Zum Jahresbeginn waren es acht Prozentpunkte weniger. Branchenübergreifend ist der negative Ausblick um zwei Prozentpunkte leicht auf 30 Prozent gestiegen. Lediglich der Handel hat sich leicht verbessert, allerdings auf niedrigem Niveau (39 Prozent).

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Wie oben erwähnt, hat der Fachkräftemangel die Energie- und Rohstoffpreise als höchstes wahrgenommenes Risiko verdrängt. Allerdings sehen sich die Unternehmen auch weiterhin einer multiplen Krisensituation ausgesetzt. Zusätzlich zu den genannten, stellt auch die Sorge vor sinkender Inlandsnachfrage mit 58 Prozent

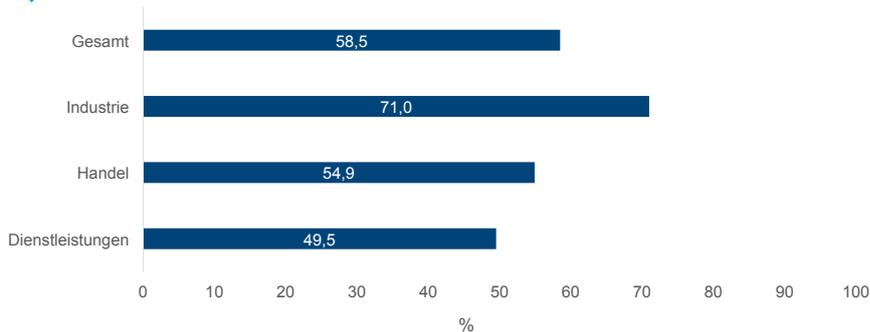
ein bedeutendes Risiko für die Unternehmen dar. Dicht darauf folgen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit 53, und steigende Arbeitskosten mit 50 Prozent. Die aktuellen Ereignisse, insbesondere der anhaltende Krieg in der Ukraine, weiterhin auftretende Lieferkettenstörungen sowie die immer noch vergleichsweise hohe Inflationsrate wirken sich weiterhin auf die Geschäftsrisiken der Unternehmen aus und drücken immer noch die Geschäftserwartungen. Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise – im Vorjahreszeitraum auf dem bis dahin höchsten gemessenen Stand – verringert sich weiter um 13 Prozentpunkte von 72 auf aktuell 59 Prozent. Dieses Risiko ist in den meisten Branchen weiterhin eine schwerwiegende Herausforderung, besonders die Industrie ist, bedingt durch ihre Rohstoff- und Energieintensität, mit einem Wert von 71 Prozent stark betroffen. Sie ist damit die einzige Branche, die dieses Risiko als größte Herausforderung wahrnimmt. Gesamtwirtschaftlich haben systemische

Konjunkturrisiken



Risiken, allen voran der Fachkräftemangel wieder die Spitzenreiterposition der wahrgenommenen Risiken eingenommen. Besonders die energie- und rohstoffintensiven Vorleistungsgüterhersteller spüren weiterhin die hohen Kosten von Gas, Öl und Strom, aber auch hier ist eine leichte Entspannung der Lage festzustellen. Bei der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie sowie der Chemie- und Pharmaindustrie stellen die hohen Preise für Energie und Rohstoffe weiterhin für viele befragte Unternehmen ein Risiko dar, allerdings sind von vormals 100 Prozent „nur“ noch 91, respektive 86 Prozent betroffen.

Hohe Energie- und Rohstoffpreise belasten die Wirtschaft

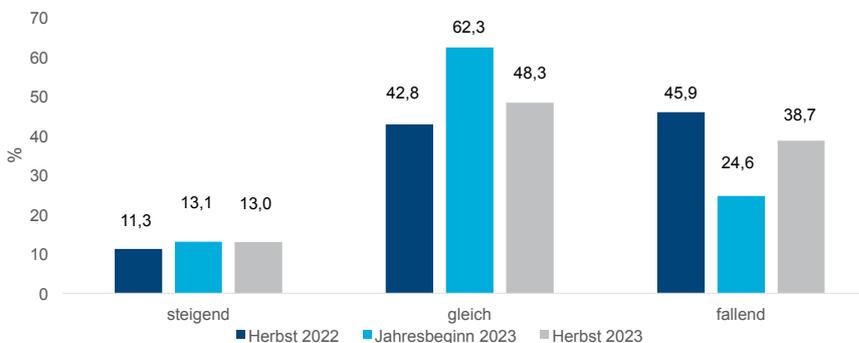


Industrie

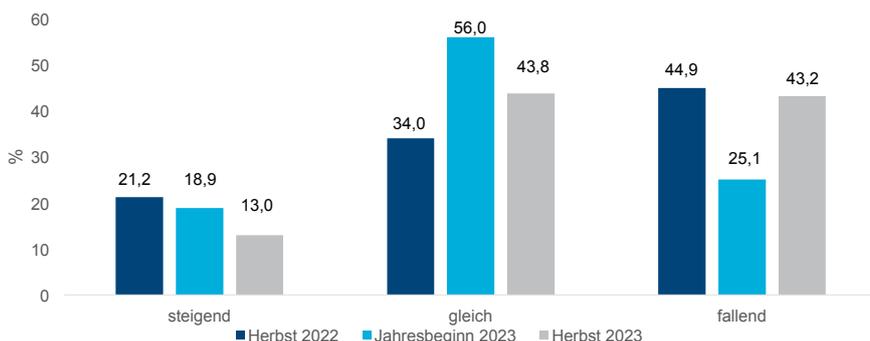
Die Geschäftslage in der Industrie hat sich seit Jahresbeginn 2023 verschlechtert. Zahlreiche Industriebetriebe sind weiterhin von Störungen bzw. Unterbrechungen der Lieferketten betroffen. Auch andere Herausforderungen, beispielsweise hohe Inflation und die damit einhergehenden Finanzierungsschwierigkeiten belasten die befragten Industrieunternehmen. Abgesehen von den schon erwähnten Rohstoff- und Energiepreisen sehen die Industrieunternehmen besondere Risiken im Fachkräftemangel (62 Prozent) sowie der geringen Inlandsnachfrage (58 Prozent). Beide Werte sind seit dem Jahresbeginn deutlich angestiegen. Insgesamt bewertet die Industrie ihre Geschäftslage zwar immer noch mit 77 Prozent als gut bzw. befriedigend, allerdings ist dies ein Rückgang um acht Prozentpunkte. Auch die Aussichten haben sich eingetrübt: 67 Prozent der befragten Unternehmen erwarten eine gleichbleibende oder bessere Geschäftslage – eine Senkung um acht Prozentpunkte (vormals 75 Prozent). Schlechtere Geschäfte erwarten nun 33 statt 25 Prozent.

Ebenso ist bezüglich der Auftragseingänge der Industrie sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland eine Verschlechterung zu beobachten. 39 Prozent der

Auftragseingänge – Inland



Auftragseingänge – Ausland



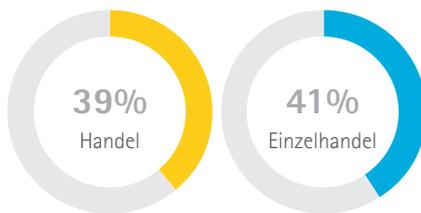
43%

befürchten geringere Exporte

Industrieunternehmen geben an, rückläufige Auftragseingänge aus dem Inland zu beobachten, ganze 14 Prozentpunkte mehr als zum Jahresbeginn. Bezüglich des Auslandsgeschäfts ist die Diagnose noch ernüchternder, 43 Prozent der Unterneh-

men beobachten hier einen Rückgang. Hier ist fast wieder der Maximalwert vom Herbst 2022 (45 Prozent) erreicht. Steigende Auftragseingänge aus In- und Ausland berichten nur jeweils 13 Prozent der Industrieunternehmen.

Handel



erwarten eine schlechtere
Geschäftslage

Auch im Handel ist eine Eintrübung der ohnehin schon desolaten Lage zu beobachten. Aktuell berichtet mehr als jedes vierte Unternehmen von einer schlechteren Geschäftslage, bei der letzten Befragung war es noch jedes fünfte. Die Ergebnisse sind weiterhin weit von den Werten der Vor-Corona-Zeit entfernt. Die erwartete Geschäftslage geht leicht um zwei Prozentpunkte nach oben, hier stehen 61 Prozent den vormals 59 Prozent gegenüber. Vor ei-

nem Jahr waren es jedoch noch 39 Prozent der Unternehmen, die eine gleichbleibende bzw. bessere Geschäftslage erwarteten. Der Großhandel schneidet insgesamt etwas besser als der Einzelhandel ab.

Die Umsätze verhalten sich analog zur Geschäftslage: Der Großhandel steht marginal besser da. So sprechen 26 Prozent der Einzelhändler, aber 27 Prozent der Großhändler von höheren Umsätzen in der letzten Periode.

Dienstleistungen

In der Dienstleistungsbranche lässt sich im direkten Vergleich am wenigsten Bewegung beobachten. 85 Prozent der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage gut bzw. befriedigend, demgegenüber waren es zum Jahresanfang noch 87 Prozent. Die Betriebe im Gastgewerbe sind weiterhin vergleichsweise optimistisch, obwohl auch hier ein Rückgang zu beobachten ist. 79 Prozent der Unternehmen geben an, eine gute bzw. befriedigende Geschäftslage zu haben, zum Jahresanfang waren es noch 90 Prozent und im Vorjahreszeitraum 87 Prozent. Dies ist weiterhin eine bedeutende Steigerung zur Corona-Zeit, als der Wert

teilweise nur um die 30 Prozent betrug. Die Geschäftserwartungen sind vergleichsweise stabil, 78 Prozent der Dienstleister erwarten eine gleichbleibende oder bessere Geschäftslage, dieser Wert ist deckungsgleich zum Jahresanfang. Im Gastgewerbe sind es allerdings nur 71 Prozent, ein Rückgang von 15 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahresanfang. Bemerkenswert ist die Bewegung der Erwartungen weg von einer besseren Geschäftslage hin zu gleichbleibenden Erwartungen: Zum Jahresanfang erwarteten noch 48 Prozent der Betriebe im Gastgewerbe bessere Geschäfte, jetzt sind es nur noch sechs Prozent.

6%

des Gastgewerbes
erwartet in Zukunft eine
bessere Geschäftslage

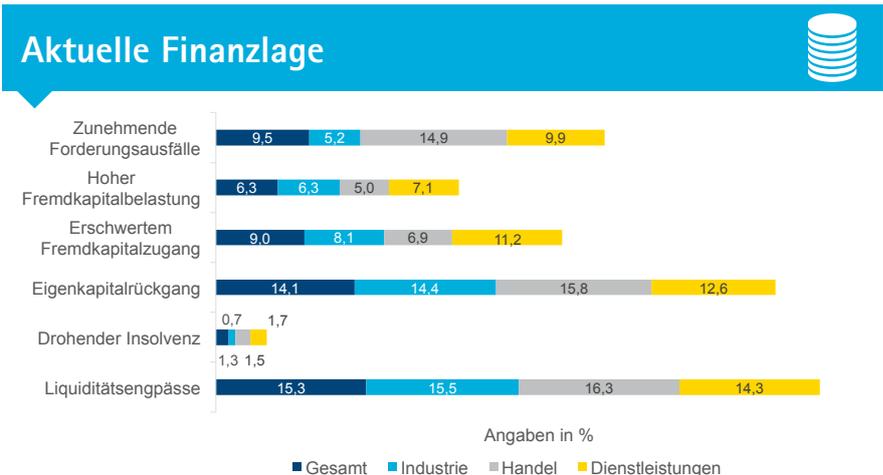
Aktuelle Finanzierungssituation

Die Finanzlage der Gesamtheit der Unternehmen bleibt schwierig, allerdings lässt sich gegenüber dem Jahresanfang eine leichte Verbesserung feststellen. Fast ein Drittel der Unternehmen (30 Prozent) beschreiben ihre Finanzierungssituation als problematisch. Zum Jahresanfang waren es allerdings noch 41 Prozent. Weiterhin stehen dabei Liquiditätseingpässe an erster Stelle (14 Prozent). Insgesamt 14 Prozent der Unternehmen berichten von einem Rückgang des Eigenkapitals, hier ist eine Steigerung von zwei Prozentpunkten zu beobachten. Grund hierfür sind weiterhin

anhaltende und sich verschärfende Lieferkettenstörungen sowie kräftig steigende Preise – vor allem für Energie, aber auch für Rohstoffe, Vorprodukte und Logistikleistungen. Die Anzahl der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen bleibt unverändert bei zehn Prozent. Drohende Insolvenzen sind weiterhin rückläufig: Über die Breite der Wirtschaft hinweg berichten nur ein Prozent der Betriebe von einer Insolvenzgefährdung, vormals waren es drei, im letzten Herbst noch fünf Prozent. Der Anteil der Unternehmen, die Schwierigkeiten beim Zugang zu Fremdkapital haben, hat sich

über alle Branchen hinweg um zwei bis drei Prozentpunkte erhöht, der Gesamtwert liegt bei neun Prozent.

Ein Blick in die Wirtschaftszweige zeigt, dass sich die Finanzlage in der Industrie und im Handel im Vergleich zum Herbst 2022 nur leicht verändert hat, während die Lage in der Dienstleistungsbranche im Vergleich zum Frühjahr 2023 teilweise deutlich anders ist. Eine deutliche Verbesserung ist im Dienstleistungsbereich insbesondere bei den Liquiditätsengpässen zu beobachten, die von 37 Prozent um 23 Prozentpunkte auf 14 Prozent gesunken sind. In der Industrie bleibt die diesbezügliche Finanzlage relativ konstant, im Handel steigt sie von 14 auf 16 Prozent.

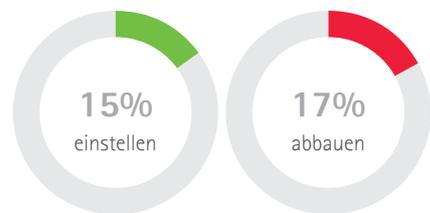


Zukünftige Beschäftigungsabsichten

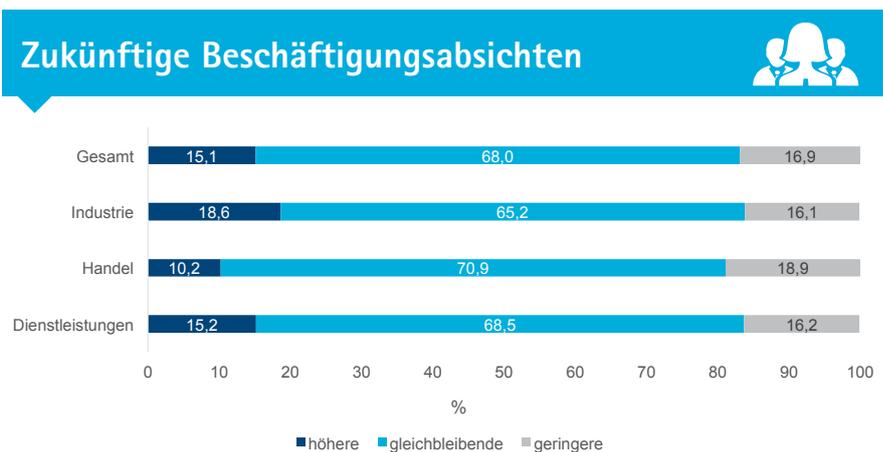
Bezüglich der Bereitschaft, neue Mitarbeiter:innen einzustellen, lässt sich im Mittel nur wenig Bewegung erkennen. Die Befürchtung Personal reduzieren zu müssen steigt um drei Prozentpunkte auf 17 Prozent – im Herbst 2022 waren es allerdings noch 19 Prozent. Weiterhin beabsichtigen nur noch 15 Prozent der Unternehmen mehr Personal einzustellen – eine Reduzierung um drei Prozentpunkte. Somit ist der Saldo aus positiven und negativen Beschäftigungsabsichten nun wieder negativ bei 2 Punkten.

Sektorale Unterschiede sind vergleichsweise gering: 15 bis 18 Prozent der Unternehmen erwarten in Zukunft mehr Mitarbeiter:innen. Der einzige Ausreißer ist der Handel, dessen Aussichten sich von 15 auf zehn Prozent eingetrübt. Geringere Beschäftigung erwarten 16 bis 19 Prozent der Unternehmen, wobei bei jeder Branche eine Steigerung um einen niedrigen einstelligen Prozentpunktbereich festzustellen ist. während 15 bis 20 Prozent von einer Ausweitung des Perso-

nalbestands ausgehen. Im Gegensatz zur vorherigen Befragungsperiode hat sich das Bild besonders im Gastgewerbe wiedergedreht: Mit 21 Prozent Spitzenreiter der letzten Befragungsperiode, erwarten nun nur noch neun Prozent der Unternehmen eine positive Personalentwicklung. Dies lässt sich vermutlich jahreszeitlich, als auch konjunkturell bedingt erklären.



Planungsabsichten der Unternehmen bei den Beschäftigten



Arbeits- und Fachkräftemangel

Ein besonderes Augenmerk lag bei dieser Konjunkturumfrage auf dem Thema Fachkräftemangel. Wie oben erwähnt, handelt es sich hierbei um das größte wahrgenommene Risiko seitens der Unternehmen. Insgesamt berichten 49 Prozent der Unternehmen, dass sie derzeit offene Stellen

längerfristig nicht besetzen können. Nur 16 Prozent der Unternehmen haben keine Probleme, der Rest besetzt aktuell keine Stellen neu. Insbesondere werden von den Unternehmen Mitarbeiter:innen mit den Qualifikationsniveaus „Duale Berufsausbildung“, sowie

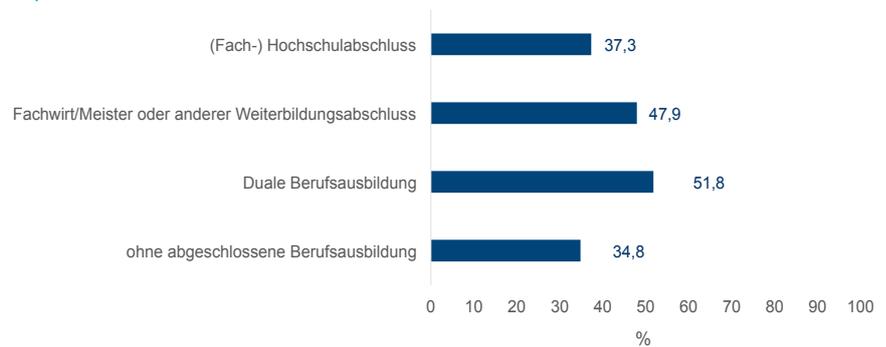
„Fachwirt/Meister oder anderer Weiterbildungsabschluss“ gesucht, 52, respektive 48 Prozent der Unternehmen geben dies an. 37 Prozent der Unternehmen suchen hingegen Personen mit abgeschlossenem Hochschulabschluss. Außerdem werden von 35 Prozent der Unternehmen Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gesucht.

Die Folgen dieses Arbeits- und Fachkräftemangels sind vielfältig. 67 Prozent der Unternehmen erwarten eine Mehrbelastung ihrer vorhandenen Mitarbeiter:innen und 66 Prozent damit einhergehende steigende Arbeitskosten. 36 Prozent reagieren mit einer Einschränkung des Angebots, bzw. der Ablehnung von Aufträgen und 27 mit verstärkter Digitalisierung, bzw. Automatisierung, während acht Prozent ihre Produktion ins Ausland verlegen wollen.

Besondere Befürchtungen der Unternehmen sind der Verlust von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit (21 Prozent) und ein Rückgang der Investitionstätigkeit im Inland (14 Prozent). 13 Prozent befürchten den Verlust ihrer Standortattraktivität, während sieben Prozent sogar die Betriebsaufgabe, bzw. den Verkauf befürchten.

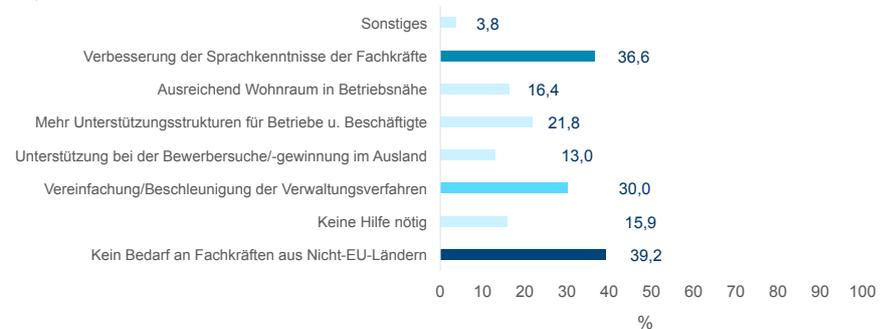
Eine Lösungsmöglichkeit dieses Problems ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das helfen soll, die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus nicht-EU Staaten zu erleichtern. Während 39 Prozent der Unternehmen angeben, keinen Bedarf für Fachkräfte aus Drittstaaten zu haben, ergibt sich bei der Frage nach möglichen Verbesserungen des Gesetzes ein differenziertes Bild. An erster Stelle steht der Wunsch vieler Unternehmen, die Sprachkenntnisse der Fachkräfte zu verbessern (37 Prozent),

Für welches Qualifikationsniveau suchen Sie ohne Erfolg Arbeitskräfte?



auch die Vereinfachung, bzw. Beschleunigung der Verwaltungsverfahren (Stichwort Bürokratie) ist mit 30 Prozent weit oben auf der Liste der Unternehmen. Weitere 22 Prozent wünschen sich mehr Unterstützung für Betriebe und Beschäftigte, während 16 Prozent Bedarf für ausreichend Wohnraum in Betriebsnähe sehen. Außerdem würden sich 13 Prozent mehr Unterstützung bei der Suche und Gewinnung passender Bewerber:innen im Ausland wünschen.

Was ist für Ihr Unternehmen bei der praktischen Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wichtig, um Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten einzustellen?



Impressum

111. Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet (IHKs zu Dortmund, zu Duisburg, zu Essen, Mittleres Ruhrgebiet, Nord Westfalen)

Redaktion: Dr. Michael Tamminga-Wessels, Sven Frohwein, Anna Kalweit, IHK Mittleres Ruhrgebiet

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet (Federführer 2023)

Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet
Ostring 30-32
44787 Bochum

 www.ihk.de/bochum